Presseschau vom 19.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Außer der Reihe – Lesetipps:

snanews.de: **„Impfstoff-Cocktail“-Methode: Warum eine Entwicklung von Sputnik V-Herstellern in aller Munde ist**
Im Jahr 2020 haben die Hersteller des russischen Corona-Impfstoffs Sputnik V einen neuen Ansatz zur Impfung durch das Mischen von Impfstoffen entwickelt. Auch in diesem Jahr hat sich die Methode bei Forschern, die andere Impfstoffe verwendet haben, als erfolgreich erwiesen. …
https://snanews.de/20210618/impfstoff-cocktail-methode-sputnik-v-erfolg-2542214.html

snanews.de: **„Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg“ und das „Unternehmen Barbarossa“ – SNA-Video**
Über 27 Millionen sowjetische Todesopfer forderte der Zweite Weltkrieg. Der Überfall Hitler-Deutschlands auf die damalige UdSSR am 22. Juni 1941 war einer der schlimmsten Momente der russischen Geschichte. Eine Sonder-Ausstellung im Deutsch-Russischen Museum in Berlin gedenkt jetzt dieser traurigen Epoche. SNA war vor Ort. …
https://snanews.de/20210619/unternehmen-barbarossa-sna-video-2538647.html

snanews.de: **„So schwer es auch ist“: Merkel und Macron befürworten Dialog mit Russland**
Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der französische Präsident Emmanuel Macron

haben kurz vor dem EU-Gipfel bei dem Treffen in Berlin am Freitag geschlossen einen intensiven Dialog mit Russland gefordert. Darüber berichten internationale Nachrichtenagenturen….
https://snanews.de/20210619/so-schwer-es-auch-ist-merkel-und-macron-befuerworten-dialog-mit-russland-2546484.html

Dagmar Henn: **Wie man Demokratie verhindert: Ein paar Worte über NGOs**
Nichtregierungsorganisationen oder NGOs wurden im politischen Leben auch bei uns in den letzten Jahrzehnten immer wichtiger. Aber ist das wirklich ein Gewinn an Demokratie, wie das vor allem behauptet wird, wenn es irgendwo Auseinandersetzungen um NGOs gibt, oder eher das Gegenteil? …
https://kurz.rt.com/2jx2

Nebojsa Malic: **Sichtweisen über Fakten: Bidens Pressekonferenz nach dem Genfer Gipfeltreffen**
Präsident Joe Bidens Verständnis von Russland und der Welt scheint derselben Art von Selbsttäuschung zu entspringen wie sein Konzept der USA, wenn man seine Pressekonferenz nach dem Genfer Gipfeltreffen als Messlatte nimmt. …
https://kurz.rt.com/2k3z

abends/nachts:

wpered.su: **In Donezk wurden die Sieger des Wettbewerbs „Puschkin durch die Augen von Kindern“ ausgezeichnet**
Am 17. Juni wurden im frontnahen Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk die Teilnehmer des Kindermalwettbewerbs „Puschkin durch die Augen von Kindern“ ausgezeichnet. Den Schülern einer örtlichen Schule wurden Geschenke überreicht“, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.
Zurzeit erholen sich die Schüler in einem Kinderlager an der Schule. Für die Kinder finden Wettbewerbe, Wettkämpfe und ein Kulturprogramm statt. Insgesamt sind mehr als hundert Kinder in dem Ferienlager.
Bei dem Wettbewerb „Puschkin durch die Augen von Kindern“ haben die Teilnehmer eine der Geschichten des russischen Schriftstellers und Dichters illustriert. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Jahres der russischen Kultur in der Donezker Volksrepublik statt. Organisatoren waren die gesellschaftliche Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ und die Deutsche Kommunistische Partei.

de.rt.com: **USA: Oberster Gerichtshof weist Klage von Sklaven an Gedenktag zu Sklaverei zurück**
Die USA haben einen neuen Feiertag: Juneteenth. Dieser markiert das Ende der Sklaverei. Am selben Tag weist der Oberste Gerichtshof der USA eine Klage ehemaliger Sklaven zurück. Diese waren gezwungen worden, in der Elfenbeinküste Kakao für US-Unternehmen zu ernten.
Am 19. Juni wird in den USA dem Ende der Sklaverei gedacht. An jenem Tag im Jahr 1865 war die Emanzipationsproklamation zur Befreiung der Sklaven in Texas bekanntgemacht worden. In dem südlichen US-Bundesstaat und einigen weiteren ist Juneteenth schon seit längerem ein Feiertag. Nach der Verabschiedung durch beide Kammern im US-Kongress setzte US-Präsident Joe Biden eine entsprechende Gesetzesvorlage am Donnerstag im Weißen Haus mit seiner Unterschrift in Kraft. Biden erklärte, dass es an diesem Tag darum gehe, sich an den "moralischen Schandfleck", an "Amerikas Erbsünde" zu erinnern. "Wenn wir uns an diese Momente erinnern, beginnen wir zu heilen und werden stärker", so Biden.

Nur wenige Stunden davor haben acht Richter des Obersten Gerichtshofs der USA zugunsten von zwei Lebensmittelunternehmen entschieden. Unter den Angeklagten waren die US-Tochtergesellschaft des Lebensmittelherstellers Nestlé und der Rohstoffhändler Cargill, eines der größten US-amerikanischen Privatunternehmen. Kläger waren sechs ehemalige Sklaven aus Mali, die als Kinder auf Kakaoplantagen in die Elfenbeinküste verschleppt worden waren. Dort mussten sie ohne Bezahlung und mit sehr wenig Nahrung arbeiten und wurden laut Anklage auch geschlagen. Die Männer warfen den US-Niederlassungen der Unternehmen vor, den Einsatz von Sklavenarbeit auf den Farmen geduldet zu haben, um die Kakaopreise niedrig zu halten.
Nestlé und Cargill "besitzen oder betreiben" keine Plantagen in der Elfenbeinküste, "kaufen aber Kakao von dort ansässigen Farmen und stellen diesen Farmen technische und finanzielle Ressourcen zur Verfügung", räumte der Oberste Gerichtshof ein. Die Klage könne laut dem Gericht nicht nach dem Gesetz zur Regelung von ausländischen Ansprüchen (Alien Tort Statute, ATS) geltend gemacht werden, welches Nicht-US-Bürgern in bestimmten Fällen ermöglicht, vor US-Gerichten Schadensersatz zu erklagen.
Der Fall war ursprünglich im Jahr 2005 bei einem Bundesgericht in Kalifornien eingereicht und dort zurückgewiesen worden. Ein Berufungsgericht hob das Urteil auf und der Fall landete schließlich beim höchsten Gericht der Vereinigten Staaten.
Paul Hoffman, ein Anwalt der Kläger, sagte, Nestlé und Cargill kontrollierten jeden Aspekt der Kakaoproduktion in der Elfenbeinküste und sollten dafür verantwortlich gemacht werden, "ein System der Kindersklaverei zu begünstigen". "Es ist bezeichnend, dass das Gerichtsurteil die extremsten Argumente für die Einschränkung von Menschenrechtsfällen zurückgewiesen hat", fügte er hinzu.
Terry Collingsworth, Executive Director von International Rights Advocates, hofft, dass Nestlé und Cargill sich dazu entschließen, "ihre Macht und ihre Ressourcen zu nutzen und endlich aufhören, sich auf Kinderarbeit zu verlassen", anstatt zusätzlich Millionen Dollar für Anwälte, Lobbyisten und PR-Firmen auszugeben.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60cc8594b480cc458820177f.jpg

lug-info.com: Eine Explosion und darauf folgend ein Brand an einer Gasleitung ereignete sich im Gebiet des Lugansker Parks des 1. Mai in der Nacht vom 17. auf den 18. Juni. In der Folge wurde die Gasversorgung von 20 Wohnhäusern und 21 kommunalen Objekten unterbrochen. Das Staatssicherheitsministerium der LVR schließt nicht aus, dass die Explosion der Gasleitung in Lugansk Folge einer Diversion war.
„Nach vorläufigen Informationen könnte die Detonation Folge einer technogenen Notfallsituation sein. Gleichzeitig schließen die Rechtsschutzorgane der Republik die Möglichkeit einer Diversion, die auf die Untergrabung der ökonomischen Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der LVR gerichtet ist, nicht aus“, heißt es in einer Mitteilung des

Ministeriums.

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 18. Juni 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Sibirien: Flugzeug mit Fallschirmspringern abgestürzt – mindestens vier Tote**
Mindestens vier Menschen sind am Samstag beim Absturz eines Kleinflugzeugs in Russland umgekommen, 15 weitere Insassen wurden zum Teil schwer verletzt. Die zweimotorige Maschine L-410 mit Sport-Fallschirmspringern an Bord verunglückte beim Landeanflug nahe des Dorfes Schurawljowo, rund 90 Kilometer südwestlich vom sibirischen Kemerowo.
Die Behörden sprachen zunächst von einer Bruchlandung. Bilder im Netz zeigen das komplett zerstörte Wrack auf einer Wiese liegend.
An Bord waren 17 Passagiere und zwei Besatzungsmitglieder, wie ein Arzt der Agentur RIA Novosti mitteilte. 15 Überlebende wurden ins Krankenhaus gebracht. Nach Angaben der lokalen Behörden schweben vier von ihnen in Lebensgefahr, elf weitere zogen sich leichte Verletzungen zu. Laut weiteren Berichten gab es sieben Todesopfer.
Die regionale Staatsanwaltschaft vermutet einen Triebwerksausfall als Ursache. Die Crew habe kurz vor dem Unglück das Versagen eines Motors gemeldet, teilte ein Sprecher mit. „Das Flugzeug kollidierte beim Landeanflug mit Bäumen." Nach Informationen des Sprechers waren insgesamt 17 Menschen an Bord. Er bestätigte, dass vier der Insassen gestorben sind und vier weitere schwer verletzt wurden.

https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/13/2545559_0:13:1280:733_1440x0_80_0_0_7e541cc4711babb615de0a831374ddd4.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 18. Juni 3:00 Uhr bis 19. Juni 3:00 Uhr**
Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 2.
Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)
In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaft: **Nowolaspa.**

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.
Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.
Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 40.
In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Hardliner Ebrahim Raisi gewinnt Präsidentenwahl im Iran**
Ebrahim Raisi hat die Präsidentenwahl im Iran gewonnen. Der Spitzenkandidat der Hardliner erhielt mindestens 17,8 Millionen Stimmen, wie ein Sprecher des Innenministeriums am Samstagmorgen mitteilte. 28,6 Millionen Stimmen wurden demnach insgesamt abgegeben. Raisi wird damit Nachfolger von Hassan Ruhani, der nach zwei Amtsperioden nicht mehr zur Wahl antreten durfte. Die Vereidigung des neuen Präsidenten ist für August geplant.
Der 60 Jahre alte Justizchef Raisi war vor vier Jahren noch an Ruhani gescheitert, dieses Mal stellte sich sein Weg ins Präsidialamt wesentlich leichter dar. Dafür sorgte auch der sogenannte Wächterrat, der als Wahlgremium ernsthafte Konkurrenten vor dem Urnengang aussortierte. Dies führte auch in den eigenen Reihen zu heftigen Protesten – und zu großem Desinteresse der Menschen an einer Wahl, die weithin als inszeniert und undemokratisch wahrgenommen wurde.
Mit Raisi erwarten Medien und Beobachter einen politischen Machtwechsel im Land. Ihrer Überzeugung nach wird der erzkonservative Kleriker als Präsident den moderaten Kurs Ruhanis nicht fortsetzen. Als langjähriger Staatsanwalt, Richter und seit 2019 Justizchef hat er politisch wenig Erfahrung. Dennoch steht er schon am Anfang seiner Amtszeit vor vielen politischen Herausforderungen.
So muss er vor allem über die Zukunft des Wiener Atomabkommens von 2015 entscheiden. Nach dem Rückzug der USA aus dem internationalen Abkommen 2018 hob Teheran schrittweise die vereinbarte Beschränkung und Kontrolle der Atomanlagen auf. US-Sanktionen verursachten nicht zuletzt eine schwere Wirtschaftskrise im Iran. Für einen Fortbestand des Abkommens wären Verhandlungen mit dem Erzfeind USA erforderlich. In der Nahost-Politik erwarten Beobachter unter Raisi einen radikaleren Kurs, im Verhältnis zu Israel einen gar noch feindseligeren als bislang.

https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/13/2545204_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_c7cd74c1c28b385c8c3c0e8a921b61f0.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 19. Juni um 9:00 Uhr 5019 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 4384 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 460 Todesfälle.

snanews.de: **Anhaltende Dürre in Syrien: Schlechte Ernte droht Hungerkrise zu verschärfen**

Seit zehn Jahren leidet Syriens Bevölkerung unter einem Bürgerkrieg. Die humanitäre Lage von Millionen Menschen ist katastrophal. Jetzt blieb über Wochen der Regen in wichtigen Agrargebieten aus.

Die Hungerkrise im Bürgerkriegsland Syrien droht sich wegen einer monatelangen Dürre weiter zu verschlimmern. Die UN-Landwirtschaftsorganisation FAO rechnet in dieser Saison im Vergleich zum Vorjahr mit einer „deutlich geringeren“ Ernte von Weizen, dem wichtigsten Grundnahrungsmittel, wie der FAO-Vertreter in Syrien, Michael Robson, der Deutschen Presse-Agentur erklärte.

Die Welthungerhilfe warnte, die Zahl der Notleidenden, die auf humanitäre Hilfe angewiesen seien, werde sich dramatisch erhöhen.

„Die Hungersituation der Menschen in Syrien ist bereits heute absolut katastrophal“, sagte Syrien-Koordinator Konstantin Witschel.

Genaue Zahlen zur Ernte nennt die FAO noch nicht. Ein Vertreter der kurdischen Selbstverwaltung im Nordosten Syriens erklärte, er rechne damit, dass die Weizenernte dort um rund 45 Prozent einbreche. Diese von Kurden kontrollierte Region gilt als „Brotkorb“ Syriens.

In dem Land herrscht seit zehn Jahren Bürgerkrieg. Hunderttausende Menschen kamen ums Leben, rund zwölf Millionen wurden vertrieben, etwa die Hälfte davon innerhalb des Landes. Das Land ist in Gebiete unter Kontrolle der Regierung, von Rebellen und der Kurden, geteilt. Syrien leidet zudem seit 2019 unter einer schweren Wirtschaftskrise. Viele Menschen können sich Grundnahrungsmittel nicht mehr leisten. Immer wieder gibt es Berichte über lange Schlangen an Tankstellen und Bäckereien mit subventioniertem Brot. Nach Angaben des Welternährungsprogramms WFP haben mehr als zwölf Millionen Syrer und damit fast 60 Prozent der Bevölkerung nicht genug zu essen. Die Zahl an hungernden und akut unterernährten Kindern steigt.

Nahrungsmittel werden knapp

Witschel sagte, die Welthungerhilfe blicke mit großer Sorge auf die Ernte.

„Die Menschen haben keinerlei Reserven mehr und dürfen mit dieser Dürre nicht allein gelassen werden“, forderte er. „Nahrungsmittel werden noch knapper werden und die Preise für Brot, Gemüse und Früchte weiter steigen.“

Syriens Regierung verweigere gezielt humanitäre Hilfe und setze Hunger als Waffe ein.

Der FAO zufolge setzte der Regen in dieser Saison spät ein und endete bereits Mitte April. Er lag um 30 bis 80 Prozent unter dem langfristigen Durchschnitt. Zugleich seien die Temperaturen gestiegen, was sich auf die Qualität der Ernte auswirke. Wegen Treibstoffmangels hätten Felder nicht bewässert werden können, erklärte die FAO weiter. Auch der Wasserstand des Euphrats sei auf ein kritisches Niveau gesunken. Syriens Kurden werfen der Türkei vor, Wasser in ihren Staudämmen zurückzuhalten. Ankara weist das zurück.

Die Verfügbarkeit von Brot in Gebieten der Regierung werde von deren Fähigkeit abhängen, Weizen zu importieren, sagte Syrien-Experte Sam Heller. Allerdings sind die Devisenvorräte wegen des Verfalls der Währung geschmolzen. Syriens Verbündeter Russland will der syrischen Regierung zufolge in diesem Jahr eine Million Tonnen Weizen an diese liefern.

Westliche Staaten haben Sanktionen gegen Damaskus verhängt.
Die nächste wegweisende Entscheidung für die humanitäre Lage in Syrien fällt Anfang Juli: Dann muss der UN-Sicherheitsrat über den letzten Grenzübergang abstimmen, über den UN-Hilfe auch in Teile Syriens gebracht werden kann, die nicht von der Regierung kontrolliert werden. Beobachter befürchten, Russland könnte mit einem Veto auch diesen schließen. Dann dürfte UN-Hilfe für Rebellengebiete und die kurdischen Gebiete nur noch über Syriens Regierung laufen.

https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/13/2545756_0:0:3191:1794_1440x0_80_0_0_1ca1d2a1cdee8fcd90076225d16a1076.jpg

Mzdnr.ru: Am 18. Juni wurden in der DVR 392 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 137 positiv, bei 105 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.
Am 19. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 41.793 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.
3489 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 35.136 als gesund entlassen, es gibt 3168 Todesfälle.
In den letzten 24 Stunden wurden 83 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 14 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 62 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1039 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 548 mit Sauerstoffunterstützung (+24 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

rusvesna.su: **Lukaschenko reagierte auf unfreundliche Aktionen der Ukraine**
Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko sagte, Minsk werde keine ukrainischen Flugzeuge mehr akzeptieren.
„Da die Ukraine ihren Luftraum für unsere Flüge geschlossen hat, werden wir nicht einfach Flugzeuge aus der Ukraine akzeptieren“, sagte der Staatschef.
Es sei daran erinnert, dass Ende Mai ein Ryanair-Flugzeug, das von Athen nach Vilnius flog, im Zusammenhang mit der Nachricht über einen Sprengsatz auf dem Minsker Nationalflughafen notlandete.
In dem Flugzeug wurden keine Sprengsätze gefunden, aber Roman Protasewitsch, ehemaliger Chefredakteur des oppositionellen Telegram-Kanals Nexta, wurde festgenommen.
Danach forderten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, Weißrussland nicht zu überfliegen und Sanktionen dagegen zu verhängen.
Auf einer außerordentlichen Sitzung hat die Regierung der Ukraine am 26. Mai beschlossen, den Flugverkehr mit der Republik einzustellen und ukrainischen Unternehmen zu verbieten,

Flüge im Luftraum von Weißrussland durchzuführen.
In diesem Zusammenhang hat Weißrussland der Ukraine eine Protestnote gegen die Einstellung der Luftverbindung mit der Republik geschickt.
Russland wiederum bot Lukaschenko an, den Flugverkehr mit der Krim zu eröffnen.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_lukashenko_1.jpg

snanews.de: **Um China und Russland entgegenzuwirken: USA ziehen Militärtechnik aus dem Nahen Osten ab – Zeitung**
Die Biden-Administration reduziert wesentlich die Anzahl der US-Raketenabwehrsysteme im Nahen Osten. Darüber berichtet die Zeitung „The Wall Street Journal“ unter Verweis auf US-Regierungsbeamte. Der Schritt soll darauf abzielen, die US-Streitkräfte auf vermutliche Herausforderungen seitens Chinas und Russlands zu konzentrieren.
Das Pentagon ziehe etwa acht Raketenabwehrbatterien des Typs „Patriot“ aus Ländern wie dem Irak, Kuwait, Jordanien und Saudi-Arabien ab, hieß es. Zudem werde ein Raketenabwehrsystem von dem Typ THAAD aus Saudi-Arabien abgezogen. Auch die in der Region derzeit stationierten Kampfjet-Staffeln würden reduziert, teilten US-Beamte gegenüber der Zeitung mit.
„Was Sie sehen, ist eine Neuanpassung der Ressourcen an strategische Prioritäten“, soll ein ranghoher US-Militärbeamter gesagt haben. „Wir haben immer noch Zehntausende von Streitkräften in der Region, wir haben immer noch Streitkräfte im Irak und in Syrien, diese Streitkräfte werden nicht abziehen. Wir haben immer noch unsere Basen in den Ländern unserer Partner im Golf, sie werden nicht geschlossen, es gibt immer noch eine substanzielle Präsenz, eine substanzielle Stationierung in der Region,“ fügte der Beamte hinzu.
Die Reduzierungen hätten nach einem Telefonat begonnen, bei dem der US-Verteidigungsminister, Lloyd Austin, den saudischen Kronprinzen, Mohammed bin Salman, am 2. Juni über die Änderungen benachrichtigt habe.
Der Abzug der Militärtechnik ist aus Sicht der Zeitung darauf zurückzuführen, dass die Administration Biden die Kräfte aufstocken will, die darauf ausgerichtet sind, China entgegenzuwirken.
Zudem sei die Politik der US-Regierung unter Biden gegenüber dem Iran darauf gerichtet, das Atomabkommen mit Teheran zu überarbeiten und dieser überarbeiten neuen Version beizutreten. Im Vergleich mit der Politik des maximalen Drucks auf Iran unter Trump sei das Risiko eines Krieges nach Ansicht des Pentagons derzeit geringer. Zudem habe Saudi-Arabien seine eigenen defensiven Fähigkeiten verbessert. Darüber hinaus würden die US-Raketenabwehrsysteme der Wartung und Reparaturen bedürfen.

https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/13/2547354_0:0:2971:1671_1440x0_80_0_0_2931973a14501df9bb48583eeb7910db.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 19.06.2021**
Die ukrainische Seite verletzt weiter grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feuereinstellung.
In den letzten 24 Stunden wurde **eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.
In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 93. mechanisierten Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Brishinskij von den Positionen im Gebiet von Starogrnatowka aus **Nowolaspa** mit Schützenpanzern und automatischen Granatwerfern beschossen und 40 Geschosse auf die Ortschaft abgefeuert.
Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.
Der Verstoß wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.
Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner und halten streng den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung ein.
Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen sieben Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objeten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert wurden.
Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:
ein Schützenpanzerwagen und drei Schützenpanzer in einer Hüttensiedlung in Tschistyj Kljutsch.
Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:
zwei Schützenpanzer am Rand eines Wohngebiet von Georgijewka;
ein Schützenpanzer auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Taramtschuk.
Die ukrainische Seite behindert weiter zielgerichtet die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE blockieret. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 58. und 28. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, aktiv Stationen zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 20. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung in den Gebieten von Peski und Krasnogorowka eingesetzt werden.

Außerdem wird nach Informationen von einer Quelle im Stab der 72. mechanisierten Brigade eine Ermittlung zum Fall von ungeordnetem Beschuss durch Kämpfer eines Panzergrenadierbataillons am 17. Juni durchgeführt. Nach vorläufigen Informationen haben vier ukrainische Kämpfer in betrunkenem Zustand einen Schießwettbewerb auf den Frontpositionen am Rand von Wesjoloje durchgeführt, was Anlass für die Erfassung von Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung durch eine Patrouille der OSZE-Mission beim Monitoring der Lage im Gebiet der Donezker Filterstation war. Außerdem stellen Beobachter der Mission fest, dass in diesem Zeitraum ein Dienstbus mit der Schicht der Donezker Filterstation fuhr.
Dieser Vorfall wird vom Kommandeur der OOS Krawtschenko negativ aufgenommen, er befahl, das Personal auf den Positionen des Panzergrenadierbataillons auszutauschen sowie eine Zusammenarbeit mit dem GZKK der Ukraine zu organisieren, um Informationen über Bewegungen der Beobachtermission zu erhalten.
Die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste aufgrund der Verletzung der Regeln der Nutzung von Militärtechnik und unprofessioneller Handlungen der Mannschaften von Schützenpanzern, dabei zwingen die Spezialisten des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen die Medienvertreter, die erstellten Materialien über die Arbeit in der OOS-Zone abzustimmen.
Am 17. Juni erlitt der Soldat Skljarow auf dem Übungsplatz im Gebiet von Jasnobrodowka bei Übungen zur Schießausbildung mit dem Personal des 13. Panzergrenadierbataillons der 58. Panzergrenadierbrigade eine Verletzung an der rechten Hand, er hatte die Sicherheitsbestimmungen verletzt, die Sperrvorrichtung nicht befestigt und die Luke am Schützenpanzer nicht gesichert, dabei verlor er vier Fingerglieder.
Bei den Übungen waren Korrespondenten des Fernsehsenders „112.ua“ anwesend, die den Vorfall in einer Reportage festhielten. Aber ein Offizier des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen empfahl dem Kameramann des Filmteams des Fernsehsenders, das gesamte Material über die nicht kampfbedingte Verletzung zu löschen und drohte dabei mit einer Einschränkung der Arbeit in der OOS-Zone.
Die bewaffneten Formationen der Ukraine erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste in der Zone der Besatzungskräfte. Nach uns vorliegenden Informationen aus dem Stab der 128. Gebirgssturmbrigade betrugen die nicht kampfbedingten Verluste am 18. Juni drei Mann.
Der Vorfall ereignete sich am Rand von Nowoselowka Wtoraja, wo während der Ausrüstung eines Unterstands drei Soldaten auf eine Sprengeinrichtung gerieten, von denen einer vor Ort starb. Ursache der Verletzungen der ukrainischen Kämpfer war die Missachtung von Anweisungen des Brigadekommandeurs über die Durchführung von technischer Aufklärung der Örtlichkeit, um die Karten der Minenfelder zu ergänzen.
Ein nicht weniger wichtiges Problem der bewaffneten Formationen in der sogenannten OOS-Zone ist der Personalmangel.
So beträgt die Personalausstattung der 58. Brigade der BFU derzeit 56% der planmäßigen Zahl. Die schwierige Situation ist durch die Zunahme von nicht kampfbedingten Verlusten unter dem Personal und die Angst der Soldaten, Kampfaufgaben in der OOS-Zone auszuführen, bedingt.
Die Lage mit der Personalausstattung der Brigade verschlechtert den moralisch-psychischen Zustand der Soldatenweiter, die ihre Verträge nicht verlängern wollen. Im letzten Monat weigerten sich in dieser Brigade 36 Soldaten, deren Verträge ausliefen, diese zu verlängern.

de.rt.com: **Mordaufrufe durch Selenskij-Abgeordneten – Ukrainische Nationalisten stürmen Büro der Opposition**
Ukrainische Nationalisten haben das Büro eines Abgeordneten der Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben" im Gebietsrat von Tscherkassy gestürmt. Zuvor hatte ein Rada-Abgeordneter der Regierungspartei zum Erschießen der Oppositionellen

aufgefordert.
Im zentralukrainischen Tscherkassy haben Mitglieder und Unterstützer der radikalnationalistischen Partei "Nationalkorps" das Büro von Wladimir Domanski, eines Abgeordneten der Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben" (kurz: Oppositionsplattform, OpFdL) im Gebietsrat Tscherkassy, gestürmt. Im Laufe des Vorfalls wurden das Leben und die körperliche Unversehrtheit des Abgeordneten bedroht. Eine entsprechende Meldung wurde am Freitag in einer Nachricht auf der Website der oppositionellen Partei veröffentlicht.
"Neonazis und weiteres Straßengesindel versammelten sich wieder einmal in Rudeln und nahmen den Aufruf der Poturajew'schen Ideologie (Rada-Abgeordneter Nikita Poturajew. Anm. d. Red.) zu Repressalien gegen die Opposition wahr: Noch am selben Tag brachen sie in das Büro eines Abgeordneten der Partei Oppositionsplattform – Für das Leben im Regionalrat Tscherkassy Wladimir Domanski ein. Unter tätlichen Bedrohungen gegen sein Leben und Gesundheit, unter Demütigung seiner Ehre und Würde verlangten sie, die organisatorischen Aktivitäten von Domanski als amtierender Vorsitzender des Regionalrats Tscherkassy einzustellen […] – begleitet von Lynchaufrufen gegen Domanski."
In dem Bericht heißt es, dass auch Drohungen gegen die Führung der Oppositionsplattform und die Partei als Ganzes ausgesprochen worden seien. Die Oppositionellen wiesen auf die Verbindung hin, die zwischen derlei Umtrieben und der Partei des amtierenden Präsidenten Wladimir Selenskij "Diener des Volkes" bestehe:
"Es ist für die Ukraine alltäglich geworden, dass Radikale, Nazis und andere Subjekte, die dem politischen Marodieren frönen, mit voller Duldung der Regierung und der Strafverfolgungsbehörden Einschüchterung und politischen Terror betreiben."
Das Ziehen solcher Vergleiche sieht die Oppositionsplattform durch die recht engmaschige zeitliche Abfolge der angesprochenen Ereignisse legitimiert: Am Donnerstag forderte Poturajew, Abgeordneter der "Diener des Volkes" im höchsten Parlament des Landes, wortwörtlich die "Erschießung der OpFdL" – die Erstürmung des Büros von Domanski sei, wie oben zitiert, "noch am selben Tag" erfolgt.
Die Partei "Nationalkorps" ist der politische Arm der neonazistischen Bataillons "Regiment Asow".
Die Partei bemängelte die Regelmäßigkeit solcher Vorfälle, forderte eine Untersuchung des aktuellen Vorfalls und appellierte an die Vertreter der europäischen Gemeinschaft, bezüglich Poturajews Aussagen etwas zu unternehmen. Ein entsprechender Brief, unterzeichnet von den Co-Vorsitzenden der Oppositionsfraktion OpFdL, Juri Bojko und Wadim Rabinowitsch, wurde an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, den Vorsitzenden der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und den Vorsitzenden politischen Gruppen in derselbigen sowie an die Botschafter der EU-Mitgliedsstaaten in der Ukraine verschickt, schreibt die russische Nachrichtenagentur TASS.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60cd0b21b480cc6ecd39ed62.jpg

de.rt.com: **Regenfälle auf Schwarzmeer-Halbinsel Krim: Ein Toter, ein Vermisster, 18 Verletzte, 1.800 Evakuierte**

Ein starkes Tief hat auf die Krim starke Regenfälle mitgebracht. Seit diesem Donnerstag stehen viele Bezirke im Südosten der Schwarzmeer-Halbinsel unter Wasser. Besonders betroffen sind die Küstenstädte Kertsch und Jalta. Fast 1.800 Einwohner sind evakuiert worden.

Starke Regenfälle haben die russische Schwarzmeer-Halbinsel Krim heimgesucht. Das Unwetter löste Überschwemmungen und Erdrutsche im Osten und im Süden der Region aus. Besonders betroffen waren die Küstenstädte Kertsch und Jalta.

Am Donnerstag waren in der Stadt an der Straße von Kertsch und in den umliegenden Bezirken 82 Millimeter Niederschlag gefallen – fast doppelt so viel wie der Monatsdurchschnitt. Am folgenden Tag traf die Naturgewalt den Urlaubsort Jalta. Die Wetterwarten maßen dort das Dreifache des Monatsdurchschnitts an Niederschlägen.

Nach jüngsten Angaben forderte das Unwetter mindestens ein Menschenleben. Eine Frau galt am Samstagvormittag als vermisst. 18 Einwohner wurden verletzt. Insgesamt mussten sich 1.800 Menschen in Sicherheit bringen.

Wegen des Unwetters fiel in Tausenden von Haushalten der Strom aus. Mehrere Bezirke wurden von der Gas- und Wasserversorgung abgeschnitten. Wasserfluten beschädigten in Jalta außerdem den Kai, die Promenade und die Strände.

Die örtlichen Behörden riefen den Notstand aus. Der Wetterdienst warnte am Samstag inzwischen vor weiteren Regenfällen, Gewittern und starken Windböen. Die russische Tourismusbehörde empfahl allen Reiseunternehmen, alle Ausflüge in die betroffenen Gebiete aufzuschieben.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60cdd0ddb480cc42f9754da5.jpg

snanews.de: **„Selbst verschuldete Krise“ im Libanon: EU drängt auf Regierungsbildung und droht mit Sanktionen**

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat bei seinem ersten offiziellen Besuch im Libanon die führenden Politiker des Landes aufgefordert, eine Regierung zu bilden und mit Sanktionen für die politischen Kräfte gedroht, die die Formierung der Regierung und die Umsetzung von Reformen behindern.

Nach dem Treffen mit Präsident Michel Aoun betonte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, das Land stehe am Rande des finanziellen Zusammenbruchs, sodass die Politiker es sich nicht leisten könnten, noch mehr Zeit zu verlieren.

„Die Krise, die der Libanon durchmacht, ist eine innenpolitische Krise. Es ist eine selbst verschuldete Krise“, sagte er vor Reportern. „Es ist keine Krise, die aus dem Ausland oder von externen Faktoren kommt. Es ist eine hausgemachte Krise, eine Krise, die ihr selbst gemacht habt“, zitiert ihn die Nachrichtenagentur Reuters.
Borrell forderte die libanesischen Politiker auf, eine neue Regierung möglichst schnell zu bilden, um sofort grundlegende Reformen durchzuführen und ein Darlehensabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erreichen. Die Reformen seien eine Voraussetzung für jegliche EU-Hilfen.
Diejenigen, die Schritte zur Bildung einer neuen Regierung und zur Umsetzung von Reformen weiterhin behindern würden, sollten mit Sanktionen rechnen müssen, warnte er: „Wir sind bereit zu helfen“, äußerte Borrell. „Aber wenn es weitere Hindernisse bei der Lösung der aktuellen multidimensionalen Krise im Land gibt, müssen wir andere Maßnahmen in Betracht ziehen, wie einige Mitgliedsstaaten vorgeschlagen haben.“ Der Rat der Europäischen Union habe „andere Optionen in Betracht gezogen, einschließlich gezielter Sanktionen“, fuhr Borrell fort.
Die schwere politische und Wirtschaftskrise im Libanon, die seit dem Herbst 2019 andauert, wurde durch die Explosionskatastrophe im Hafen der Hauptstadt Beirut Anfang August 2020 verschärft. Die libanesische Währung, Lira, hat zum Dollar rund 90 Prozent ihres Werts verloren. Große Teile der Gesellschaft leben in Armut. Dem Land droht ein Staatsbankrott. Nachdem bereits zwei Regierungen zurücktraten, ist es dem designierten neuen Regierungschef Saad Hariri seit Oktober nicht gelungen, ein Kabinett zu bilden. Führende Politiker blockieren sich gegenseitig bei der Formierung einer neuen Regierung.

https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/13/2548540_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_fb57163a7416d9cd6645ffadcde97496.jpg

abends:

snanews.de: **Mehr Rechte für nationale Parlamente: Orban will Macht des EU-Parlaments einschränken**
Ungarns rechtsnationaler Ministerpräsident Viktor Orban hat sich für die Einschränkung der Macht des EU-Parlaments ausgesprochen. Ihm zufolge sollen die nationalen Parlamente der EU-Staaten das Recht bekommen, gesetzgeberische Prozesse im EU-Parlament zu stoppen, wenn diese ihrer Ansicht nach die nationalen Kompetenzbereiche verletzen könnten.
„Das EU-Parlament hat sich in Bezug auf Kriterien der europäischen Demokratie als Sackgasse erwiesen“, so Orban in einer Rede anlässlich des Unabhängigkeitstags in Ungarn, an dem der Abzug des letzten sowjetischen Soldaten am 19. Juni 1991 gefeiert wird. Nach dem Modell der Parlamentsversammlung des Europarats sollen die nationalen Parlamente seiner Ansicht nach Vertreter in das EU-Parlament entsenden dürfen.

Gegen Ungarn läuft wegen Rechstaatsdefiziten ein Verfahren der EU nach Artikel 7. Budapest wehrt sich zudem vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen den neuen Brüsseler Mechanismus zur Kürzung von EU-Geldern bei bestimmten Rechtsstaatsverstößen.

https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/0b/2467667_0:320:3073:2048_1440x0_80_0_0_a534c5e6d45b0a8e0a2ec8cc6cbe5741.jpg